



**Initiativkreis Plattform**

**Zivile Konfliktbearbeitung e.V.  
(in Gründung)**

Bad Honnef, den 10.6.2003

## **Auswertung der Lobbygespräche zum Positionspapier der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung**

### **1. Vorbemerkung**

Das Positionspapier der Plattform „Nur zivile Konfliktbearbeitung bekämpft Terrorismus nachhaltig und fördert Frieden“ vom November 2002 skizziert Eckpunkte und konkrete Handlungsfelder für eine an ziviler Konfliktbearbeitung orientiert deutsche Politik, die mit Terror in seinen verschiedenen Ausdrucksformen differenziert umgeht. Das Positionspapier ist kein Grundsatzpapier, sondern sollte zur Diskussion anregen und die Politik auffordern, in der aktuellen Situation konkrete Akzente zu setzen. Das Papier ist in einer breit angelegten Diskussion in der Plattform entstanden und deshalb ein Kompromißtext.

### **2. Gesprächspartner – und Partnerinnen:**

Das Papier wurde an die Bundesministerien, Fraktionen, Ausschüsse und Abgeordnete des Bundestages, Kirchen, Medien und einschlägig tätige Institutionen versandt. Bis jetzt haben Gespräche zum und über das Papier stattgefunden mit:

- Bundesregierung:

BMZ: Uschi Eid, PStS

BMFSFJ: Frau Dr. Thielinghaus, Unterabteilungsleiterin

- Abgeordnete im Deutschen Bundestag:

SPD: Uta Zapf, Cornelia Sonntag-Wolgast

B 90/Die Grünen: Winni Nachtwei, Thilo Hoppe, Büro Göring-Eckardt (Bastian Hermisson),

Büro Ludger Volmer (Lars Brozus)

CDU: Hermann Gröhe

PDS: Petra Pau, Dr. Gesine Löttsch

- Angebote für weitere Gespräche, bisher nicht genutzt:

Reinhold Robbe (Vorsitzender Verteidigungsausschuß),

Ute Vogt (PStS BMI),

Angelika Beer (Vorsitzende B90/Die Grünen)

Dr. Hermann Barth (Kirchenamt der EKD)

- Anregungen für weitere Gespräche:

SPD: Gert Weisskirchen (außenpol. Sprecher der Fraktion), Verena Wohlleben (Verteidigungsausschuß), Rudolf Bindig (Ausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe)

Christa Nickels B90/Die Grünen (Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, der ein Papier „Menschenrechte als Leitlinien für die deutsche Politik“ herausgebracht hat)

CDU: Wolfgang Schäuble

FDP: Sabine Leutheuser-Schnarrenberger (Ausschuß EU-Angelegenheiten, stellv. Mitglied Ausschuß f. Menschenrechte und Humanitäre Hilfe),

Harald Leibrecht (Auswärtiger Ausschuß, Unterausschuß Abrüstung, stellv. Mitglied im AWZ)

Marieluise Beck, PStS BMFSFJ und Bundesbeauftragte für Ausländerfragen,

Bündnis für Demokratie und Toleranz und vergleichbare Einrichtungen

- Absagen für Gespräche: Volker Rühle (CDU), Matthias Wissmann (CDU) – aber positiver Tenor des Briefes

### **3. Auswertung der Gespräche anhand der Gesprächsvermerke (Ergebnisse)**

#### **3.1 Generelle Reaktionen**

Das Positionspapier der Plattform

- ist durchweg als Einmischung der Plattform positiv aufgenommen worden,
- wird als Unterstützung der parlamentarischen und der Regierungsinitiativen zur zKB gewertet,
- ist in der Beschränkung auf den Schwerpunkt „Terrorismus und Frieden“ nicht mehr ganz aktuell,
- lenkt den Blick auf die innenpolitischen Aspekte der zKB
- bringt einen weitgehenden Konsens mit den Gesprächspartnern und –partnerinnen in der Politik zum Ausdruck (mit Ausnahme der Aussage zum Verhältnis zivile Konfliktbearbeitung – militärische Intervention: Bedarf an grundsätzlicher Klärung des Verhältnisses zKB – militärische Intervention, Beispiele: CIMIC, Verteidigungspolitische Richtlinien, Innere Führung. Siehe auch den parallelen Streit zwischen humanitärer Hilfe und Militär über die Rolle des Militärs in humanitärer Hilfe),
- wird wegen seiner Allgemeinheit in vielen Punkten aber nicht als Herausforderung wahrgenommen. Zusätzliche Konkretionen werden erwartet.

#### **3.2 Reaktionen auf die Forderungen aus dem Positionspapier (S. 6)**

- zum Aktionsplan der Bundesregierung: Dank für die Unterstützung, Bitte um Zuarbeit und weitere Unterstützung
- zur Beteiligung von Frauen: keine besonderen Reaktionen. Das Thema scheint als solches nicht ausreichend bewußt zu sein.
- zur Stärkung der Mitarbeit in multilateralen Institutionen: keine besonderen Reaktionen, aber Betonung der Rolle und der Möglichkeiten der EU (EU-Polizeikräfte, EU-Verfassung)
- zur Verbesserung der Bedingungen des Einsatzes von zivilen Fachkräften in internationalen Missionen: Rückfragen an die Plattform zum Bedarf
- zum ZFD im Inland: zKB wurde bisher wesentlich in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik wahrgenommen
- zur Unterbindung von Waffenhandel usw.: Forderung nach Einführung von Herkunftsbezeichnungen (Zapf)
- zur konsequenten Anwendung von Kriterien für Entwicklungshilfe: Kritische Aufnahme durch U. Eid
- zum Förderprogramm des AA (ZIVIK): keine besonderen Rückmeldungen, Aufnahme als Unterstützung
- zur Forderung, Programme gegen Rassismus und Gewalt auszubauen: keine besonderen Reaktionen, Aufnahme als Unterstützung
- zur Forderung, die DSF zu sichern: Forderung auf Regierungsseite positiv aufgenommen
- zur Forderung, wirtschaftliches Handeln an Menschenrechten zu orientieren: keine besondere Reaktion, nicht diskutiert
- zur Forderung, die internationalen Menschenrechtsstandards zu fördern: keine besondere Reaktion, nicht diskutiert

### **4. Themen, die aus der Diskussion zum Positionspapier erwachsen (unvollkommene Liste)**

- Generell: Abgrenzung der zKB (Krisenprävention, Krisenintervention, Krisennachsorge) von internationaler Strukturpolitik zwecks Profilierung des Programms in der Konkurrenz mit anderen Programmen; Finanzielle Sicherung von Programmen der zKB
- Rahmenbedingungen für Aktionspläne auf staatlicher und NRO-Seite

- Beitrag zur Klärung des Verhältnisses zwischen Militär und zKB: im Sinne von gegenseitiger Ergänzung oder sich gegenseitig ausschließend? Gibt es gemeinsame Horizonte, Konzepte, Werte, Verfahren? Wie kann zKB als prioritäre Aufgabe gegen immer wieder neue Störungen durch militärische Einsätze durchgesetzt werden? Regierungs- und Oppositionsparteien befürworten militärische Einsätze in Einzelfällen, wenn dadurch überhaupt Raum und Zeit für zKB geschaffen wird. Position der Plattform?
- Ausarbeitung von Aufgaben und Aufbau von Strukturen der zKB im Inland (Ansatzpunkte: Fachkräfte zur Integration von Flüchtlingen und Ausländern in ethnischen Diasporagruppen in D, Präventionsräte, gesellschaftliche Mitwirkung bei der Bewältigung von Zuwanderung) im Rahmen eines politischen Gesamtkonzeptes
- Einmischung in die EU-Politik (Artikel zur zKB in EU-Verfassung, Ausbau von Instrumenten und Kooperationen)
- zur Unterstützung von multilateralen Anstrengungen: Intensive Weiterarbeit an der Qualifizierung von Fachkräften (Standards, finanzielle Sicherung). Kooperation mit dem ZIF dabei? Überprüfung von Instrumenten wie Entwicklungshelfergesetz und Bundeshaushaltsordnung (Projektbindung!) auf Tauglichkeit. Einführung eines Entsendegesetzes?
- Unterstützung der DSF: Gezielte Lobbyarbeit bei allen Parteien für die Aufstockung des Kapitals ist nötig. Ansprechpartner: Ulrike Flach (FDP), Heinz Schmidt (SPD), Ulla Borchert (SPD, Ausschuß für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung), Ernst-Reinhard Beck (CDU)
- Das Thema „Wirtschaft und Menschenrechte/zKB“ sollte stärker argumentativ ausgearbeitet werden.
- Das Thema „Sicherung der internationalen Menschenrechtstandards“ sollte stärker argumentativ ausgearbeitet werden.

### **5. Abschließende Empfehlung**

Keine Einstellung der Gespräche, sondern Vorbereitung und Durchführung von

- a) thematisch spezielleren und gezielten Gesprächen unter Einbringung von konkretisierenden Ideen und Vorschlägen aus dem Bereich der NRO, soweit Grundkonsens vorhanden
- b) aufbauenden Gesprächen, soweit noch kein grundsätzlicher Konsens vorhanden.

*Ulrich Frey*